



CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland

Antrag-Nr. 14/38

öffentlich

Datum: 02.03.2015
Antragsteller: CDU, SPD

Ausschuss für den LVR- Verbund Heilpädagogischer Hilfen	20.03.2015	empfehlender Beschluss
Sozialausschuss	24.03.2015	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	17.04.2015	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	22.04.2015	empfehlender Beschluss
Landschaftsversammlung	28.04.2015	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2015/16;
Evaluation ambulanter und stationärer Wohnhilfen**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, das Bearbeitungsverfahren bei der Bewilligung ambulanter und stationärer Wohnhilfen intern zu evaluieren. Hierbei sind insbesondere zu berücksichtigen

- Möglichkeiten zur Nutzung längerer Bewilligungszeiträume,
- Entwicklung von differenzierten Verfahren bei Erst- und Folgeanträgen,
- Überprüfung der Arbeit in den Hilfeplankonferenzen mit dem Ziel der qualitativen Weiterentwicklung,
- weitergehende Definition und Klärung einzelner Leistungen/Leistungsmodule und deren Bausteine, damit eine passgenauere Unterstützung der Menschen mit Behinderung erreicht wird und mehr Menschen ambulant unterstützt in der eigenen Wohnung leben können.

Begründung:

Eine weitere Umsteuerung zu mehr Ambulant vor Stationär kann nur gelingen, wenn die Interessen der Betroffenen respektiert, Ängste von Angehörigen aufgefangen werden und Trägern bei Umstrukturierungsprozessen geholfen wird und insgesamt ein Klima von Kooperation herrscht.

Dies hat in der Hilfeplanung des Landschaftsverbandes grundsätzlich eine lange Tradition. Zentrale Bedeutung kommt dabei im Rahmen der Hilfeplanung, neben der Erstellung des individuellen Hilfeplanes, der flächendeckenden Implementierung der sogenannten Hilfeplankonferenzen zu.

Zur qualitativen Weiterentwicklung der Hilfeplankonferenzen und des Hilfeplanverfahrens bedarf es eines ständigen Dialoges mit allen Beteiligten. Dazu gehört auch, vereinbarte Verfahren auf Passgenauigkeit, Kundenfreundlichkeit, Wirtschaftlichkeit und Effizienz zu überprüfen.

Im Rahmen dieses Dialogs hat der Landschaftsverband Rheinland nach intensiver fachlicher und politischer Diskussion vor 2 Jahren neue Leistungsmodule implementiert. Ziel war es, noch mehr Menschen eine passgenauere Unterstützung zukommen zu lassen, um insbesondere auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf ein ambulant betreutes, möglichst selbständiges Leben zu ermöglichen. (Module SD und HD). Diese Module sind jedoch ohne weitere politische Diskussion zum 31.12.2014 eingestellt worden.

SPD und CDU verstehen diesen Antrag als Anstoß, den Dialogprozess zu intensivieren, um u.a. Verfahren zur Zugangssteuerung und Bearbeitungsverfahren im Interesse aller Beteiligten weiter zu optimieren.